

Interdisziplinäres Institut für Raumordnung
Stadt- und Regionalentwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Vorstand: o.Univ.Prof.Dr.Walter B. Stöhr
A-1190 Wien, Hasenauerstraße 42/8, Tel.(0222) 34-43-19

November 1980

U.SCHUBERT und W.STÖHR

ANSÄTZE FÜR EINE KOORDINIERTER WIRT-
SCHAFTSPOLITIK IN DER LÄNDERREGION OST x)

I I R - DISKUSSION 7

1981

x) Überarbeitete Fassung eines für das Symposium "Die Länderregion Ost-
Wirtschaftliche Probleme und Chancen" der Planungsgemeinschaft Ost
(Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland) am 28.11.1980
in Wien gehaltenen Referates (Publikation d.Referate in Vorbereitung)

Uwe SCHUBERT
und Walter STÖHR:^{x)}

Wien, November 1980

Ansätze für eine koordinierte Wirtschaftspolitik in der

Länderregion Ost

^{x)} o.Univ.Prof.Dr.Walter Stöhr ist Vorstand, Dr.Uwe Schubert
Stellvertreter des Vorstandes am Interdisziplinären Institut
für Raumordnung, Stadt- und Regionalentwicklung, der Wirtschafts-
universität Wien.

1. Einleitung

Eine wesentliche Voraussetzung der Planungsgemeinschaft Ost bildet die Einsicht, daß die Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien zu einem eng verflochtenen Wirtschaftsraum zusammengewachsen sind. Nachteilige Folgen der diesen Wirtschaftsraum durchschneidenden administrativen Grenzen sollten daher überwunden werden. Eine dauernde, freiwillige Zusammenarbeit der drei betroffenen Bundesländer kann nur dann gesichert werden, wenn diese allen beteiligten Partnern in möglichst allen ihren Landesteilen eine bessere Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele ermöglicht. Wie meistens in einem Planungsverbund gibt es gleichgerichtete und konkurrierende Interessen der Partner. Darauf wird im einzelnen noch später in diesem Beitrag eingegangen werden.

Wo liegen nun die Nachteile der gegenwärtigen Situation ? Jedes Bundesland versucht für sich selbst eine Hebung der Wirtschaftskraft, ist jedoch von den Maßnahmen der anderen in hohem Maße abhängig. Das Streben nach größerem Handlungsspielraum im eigenen Entscheidungsbereich führt zu Fehl-Allokationen, oft zu Duplizierungen und daher zu unnötigen Kosten, die die Effizienz des gesamten Wirtschaftsraumes und daher auch seine Konkurrenzfähigkeit nach außen hin senken. Die Konkurrenz um die Neuansiedlung von Arbeitskräften und Betrieben in einzelnen Teilen der Ostregion mittels verschiedener Förderungen führt oft zu ineffizientem Einsatz öffentlicher Mittel und zu einer ungünstigen Branchenstruktur in den einzelnen Teilgebieten. Diese Tendenz wird noch durch die im Hinblick auf Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen gerichteten Anstrengungen verstärkt, um keinen Preis Betriebe aus dem eigenen Teilgebiet abwandern zu lassen, selbst wenn sie dort nicht mehr wirtschaftlich produzieren können, es aber in einem anderen Teilgebiet unter Umständen könnten. Dadurch werden auch vielfach räumliche und sonstige Möglichkeiten für Betriebe versperrt, die dort effizienter produzieren könnten. Diese Politik bewirkt daher zunächst Mobilitätsbeschränkungen und langfristig eine ungünstige räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten, begleitet von einem Produktivitätsverlust

der Gesamtregion.

Eine Verbesserung der Produktivität dieser Region liegt auch im Interesse Gesamtösterreichs, erfüllt sie doch wichtige Aufgaben für das ganze Staatsgebiet. Eine wirtschaftlich starke Ostregion erzeugt auch wichtige Impulse für die österreichische Gesamtwirtschaft.

2. Die räumliche Entwicklung von Großstadtregionen im europäischen Vergleich

Internationale Studien, an denen für Österreich auch unser Institut beteiligt ist (Clemenz G. et al., 1981) zeigen, daß die wirtschaftliche und räumliche Entwicklung von Großstadtregionen eng miteinander gekoppelt sind. Auf Grund von Daten von 186 Stadtregionen in 14 europäischen Ländern ließen sich 4 Phasen der Stadtentwicklung unterscheiden (v.d.Berg et al., 1981; Norton, 1979):

- a) Eine "Urbanisierungsphase", die zu engmaschiger räumlicher Konzentration in den Kerngebieten der Großstadtregionen führt, wodurch die Mengenersparnisse von Großindustrien genutzt werden können.
- b) Eine "Suburbanisierungsphase", die zu einer Verlagerung zunächst der Wohnstandorte, dann aber zunehmend auch von Betriebsstätten in das Stadtumland führt. Im Kern der Agglomeration expandiert vor allem der tertiäre Sektor.
- c) Eine "Desurbanisierungsphase", in der die Agglomeration als Ganze Bevölkerung und Betriebe zu verlieren beginnt (postindustrielle Wirtschaftsphase).
- d) Eine "Re-Urbanisierungsphase", in der die durch Stadterneuerung wieder attraktiven Stadtkerne an Bevölkerung zunehmen und die Kernzone vor allem für innovationsorientierte Betriebe interessant wird.

Im europäischen Rahmen gesehen sind es vor allem die Stadtregionen der süd- und osteuropäischen Länder, die sich derzeit in der erstgenannten Industrialisierungsphase und damit verbunden in einem räumlichen Konzentrationsprozeß befinden. In Mitteleuropa, darunter auch Österreich, sind derzeit die Suburbanisierungstendenzen vor-

herrschend, während vor allem in den alten Industriegebieten Nordwesteuropas wie etwa in Großbritannien, Belgien und teilweise den Niederlanden, sich Desurbanisierungstendenzen abzeichnen. Der Raum Wien dürfte nun schon ziemlich am Ende der Suburbanisierungsphase angelangt sein und bereits in Richtung Desurbanisierung tendieren, wobei eine genaue Analyse der derzeitigen Situation erst nach der Volkszählung 1981 möglich sein wird.

Welche Charakteristika sind nun für diese Suburbanisierungsphase in der sich Wien derzeit befindet, typisch? Die Kernzonen verlieren an Bevölkerung und zwar sowohl durch negative natürliche Bevölkerungsbilanzen wie auch durch Wanderungsverluste gegenüber dem Umland. Im Umland selbst hingegen sind sowohl à conto der natürlichen Bevölkerungsbewegung wie auch wegen der Wanderungsgewinne Zuwächse der Bevölkerung zu beobachten. Die Verlagerung der Wohnbevölkerung an den Stadtrand (Wanderungskomponente) ist durch den steigenden Wohlstand großer Teile der städtischen Bevölkerung, ihre erhöhte Motorisierung und den Wunsch nach Wohnen im Grünen bedingt. In der Suburbanisierungsphase gewinnt im allgemeinen die Agglomeration als Gesamtheit noch Bevölkerung, im Verlauf der Zeit aber in immer schwächer werdendem Ausmaß. Gegen Ende der Suburbanisierungsphase nehmen dann auch die industriellen Arbeitsplätze in der Kernzone ab, während sie im Stadtumland zunehmen. Dies ist durch Raummangel in der Kernzone, den zunehmenden Modernisierungsbedarf der Betriebe, und die Verlagerung der Bevölkerung (und damit auch der Arbeitskräfte) an den Stadtrand bedingt. Die Arbeitsplätze im tertiären Sektor expandieren in der Kernzone kräftig und nehmen auch im Umland zu. Die Agglomeration als Ganze gewinnt immer noch an Arbeitsplätzen.

Zu Beginn der Desurbanisierungsphase schließlich schlägt die zunehmend negative Bevölkerungsbilanz der Kernzone auf die Gesamtentwicklung durch und die gesamte Agglomeration beginnt Bevölkerung zu verlieren. Ähnlich ist die Situation bei den Arbeitsplätzen. Das Wachstum des Dienstleistungssektors beginnt sich in der Kernzone abzuschwächen, während er eine kräftige Expansion im Stadtumland erfährt (vor allem bedingt durch die vorher erfolgte Abwanderung von Wohnbevölkerung und Betrieben aus der Kernzone). Die Gesamtanzahl der

Arbeitsplätze in der Agglomeration beginnt zu stagnieren. In der Folge nehmen die Beschäftigten im sekundären Sektor sowohl in der Kernzone wie auch im Umland ab, und die Agglomeration beginnt als Gesamtheit an Arbeitsplätzen zu verlieren.

Die Lage Wiens ist daher im europäischen Gesamtzusammenhang keineswegs als einmalig anzusehen:

Entwicklungsphasen einiger europäischer Großstadtagglomerationen (über 1 Mill. Einwohner :

E n t w i c k l u n g s p h a s e n ¹⁾

Großstadt- regionen mit	Relative Kon- zentration	Relative Subur- banisierung	Absolute Subur- banisierung	Relative Des- urbanisierung	Absolute Des- urbanisierung
1 Million Einwohner und darüber	Sofia *	Marseilles	Paris *	Wien *	London *
		Budapest *	Lyon	Brüssel *	Liverpool
		Turin	Birmingham	Kopenhagen *	
		Katowice	Leeds	Manchester	
			Mailand	Glasgow	
			Stockholm *	Newcastle	
				Rotterdam	
				Amsterdam *	

(* enthält die Hauptstadt)

1)

(Die Klassifikationen "absolut" und "relativ" beziehen sich auf den überwiegenden - positiven oder negativen - Trend der Bevölkerungsentwicklung in den Teilräumen der Agglomeration. "Absolut" bedeutet, daß die jeweilige Entwicklungscharakteristik durch das entsprechende Verhalten von sowohl Kernzone als auch Randzone bedingt ist, "relativ" jedoch nur von einer der beiden Zonen bezogen auf die Gesamtdynamik der Stadtregion .

Untersucht man die Veränderungen der Arbeitsplätze (Keil D., Schneidewind P., 1979; Clemenz G. et al., 1981) für die Stadtregion Wien (siehe auch Abgrenzung von Giesser und Conditt), so ergibt sich für den Zeitraum 1960-70 eine Abnahme der industriellen Arbeitsplätze in Wien selbst um ca. 10 %, während die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich noch um 2,5 % zunahm. Im Stadtumland hingegen kam es im selben Zeitraum zu einer Zunahme der Industriearbeitsplätze um ca. 0,2 %, während die Beschäftigung im Dienstleistungssektor um ca. 1 % wuchs. Insgesamt verlor die Agglomeration Wien allerdings im genannten Zeitraum 1960-70 ca. 8 % ihrer gesamten Arbeitsplätze. Ähnliche Zahlen finden wir auch für Kopenhagen, wo in der Kernzone der industrielle Sektor um 28 % an Beschäftigten, aber auch der tertiäre Sektor ca. 9 % der Arbeitsplätze verlor. Im Umland fand in beiden Sektoren eine kräftige Expansion statt, nämlich 18,5 % im industriellen Bereich und ca. 30 % im Dienstleistungsbereich. Die Stadtregion als Ganze konnte aber doch ca. 7 % an Arbeitsplätzen zusätzlich verbuchen. Ähnlich war auch die Lage in den Städten Rotterdam, Amsterdam, Den Haag, Zürich, Glasgow, Manchester und anderen.

Desurbanisierungstendenzen, wie sie auch in Österreich in den 80-iger Jahren aktuell werden könnten, würden zu Bevölkerungsverlusten der Ostregion Österreichs führen und eine wirtschaftliche Schwächung der Gesamtregion wäre vor allem durch die Abwanderungstendenzen aus Wien und der näheren Umgebung zu befürchten. Eine solche Entwicklung liegt weder im Interesse der Planungsgemeinschaft Ost noch Gesamtösterreichs. Eine Abkürzung dieser Entwicklungsphase und eine Vermeidung des wirtschaftlichen Substanzverlustes könnte durch gezielte Maßnahmen und Koordinierung der Entwicklungspolitik innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost erreicht werden. Zu beachten ist überdies, daß die ebengenannten Entwicklungen in einer Zeit niedriger Energiepreise und relativ hoher Wirtschaftswachstumsraten für den gesamten europäischen Raum stattfand. Nun werden aber im allgemeinen für die 80-iger Jahre zwei wesentliche Änderungen erwartet, nämlich eine Verlangsamung der bisherigen Raten des Wirtschaftswachstums und zunehmende Energieknappheit bzw. hohe

Energiepreise. Beide Faktoren dürften spürbare Auswirkungen auf die räumliche Struktur haben. Da höheres Volkseinkommen gewöhnlich von einer zunehmenden Interaktionsdichte zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen, sowohl kleinräumig wie auch interregional und international begleitet wird, steigt der Energiebedarf für diese Aktivitäten. Dies besonders dann, wenn durch die Dekonzentrationsstendenzen die zu überwindenden durchschnittlichen Distanzen steigen. Die Verteuerung der Treibstoffe könnte daher einen wesentlichen Dämpfungseffekt auf das Tempo und Ausmaß des Sub- und Desurbanisierungsprozesses bewirken und das Potential für eine frühzeitige Konsolidierung aller Teile der Stadtregion erhöhen (Alonso, 1964). In ähnlicher Richtung könnten sich auch niedrigere gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten auswirken. Der Druck des räumlichen "Filter- und Verdrängungsprozesses" aus der Kernzone heraus würde verringert und damit die Gelegenheit für eine auf längere Sicht ausgerichtete Politik geboten, die mit weniger Friktionen zu rechnen hätte.

Abschließend läßt sich also sagen, daß wohl eine Abschwächung des Dekonzentrationsprozesses für die Stadtregion Wien zu erwarten ist, jedoch nicht eine völlige Umkehr. Es ist daher wohl allgemein empfehlenswert, sich auf diese Entwicklungstendenzen auch in der Wirtschaft- und Stadtentwicklungspolitik einzurichten und die sich bietenden Vorteile einer Dezentralisierung durch funktionale Spezialisierung und Nutzung aller komparativen Standortvorteile innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost zu nutzen.

3. Ansätze für Koordinationsmöglichkeiten in der Wirtschaftspolitik der Planungsgemeinschaft Ost

Grundsätzlich gibt es gleichgerichtete und konkurrierende Interessen der einzelnen an der Planungsgemeinschaft Ost beteiligten Gebietskörperschaften. Die gleichgerichteten bzw. sich ergänzenden bieten dabei die aussichtsreichsten Ansatzpunkte für Koordinierungsmaßnahmen.

Im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten liegt es, die Wirtschaftskraft der gesamten Planungsgemeinschaft zu heben und damit

die Agglomeration Wien und ihr Hinterland gegenüber anderen, konkurrierenden Großstadtregionen Europas attraktiver zu machen. Konkurrierende Interessen liegen vor allem dann vor, wenn es um die räumliche Verteilung von Betrieben und Haushalten innerhalb der Drei-Länderregion Ost geht.

A) Ansätze zu koordiniertem Vorgehen der Planungsgemeinschaft Ost zur Hebung der Wirtschaftskraft nach außen:

- (1) Die erste Gruppe von Maßnahmen betrifft eine Erhöhung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die innerhalb der Drei-Länderregion Ost angeboten werden. Dazu zählt u.a. eine gemeinsame Fremdenverkehrswerbung. Hier bietet ohne Zweifel die größere Vielfalt und gegenseitige Ergänzungsmöglichkeit natürlicher und kultureller Voraussetzungen innerhalb der Drei-Länderregion Ost - gegenüber den Möglichkeiten jedes Bundeslandes einzeln - noch beträchtliche unausgeschöpfte Fremdenverkehrsmöglichkeiten.
Ebenso könnten eng verflochtene Aktivitäten und Einrichtungen in der Drei-Länderregion Ost zu niedrigeren Kosten und mit größerem Erfolg gemeinsam dargestellt und in der Werbung eingesetzt werden. Dies trifft etwa für in dieser Großregion vorhandenen Forschungs- und Kultureinrichtungen (Forschungszentrum Laxenburg, dezentralisierte Museen und Theatereinrichtungen, etc.), aber auch für bestimmte Dienstleistungs- und Produktionssparten zu.
- (2) Von der Angebotseite her wäre vor allem ein gemeinsames Auftreten der Planungsgemeinschaft Ost in der Werbung für neue Betriebe bzw. Unternehmungen zielführend. Ein wesentlicher Teil einer solchen Werbung ist auch die Erarbeitung von gemeinsamem Informationsmaterial über Standortbedingungen und verfügbare, z.T. auch länderweise differenzierte Förderungsbedingungen. Dabei schiene durchaus die Beibehaltung bestehender länderweiser oder regionaler Betriebsansiedlungsgesellschaften und ähnlicher Organisationen sinnvoll, jedoch mit einem stärkeren Informations- und Projektaustausch zwischen ihnen. Solche

regional verankerte Ansiedlungs-Organisationen verfügen im allgemeinen über konkretere Standortkenntnisse und ermöglichen gleichzeitig die für regionale Entwicklung wichtige gegenseitige Konkurrenzmotivation sowie eine territoriale politische Identifikation. Durch Koordination zwischen ihnen jedoch könnte die Informationsbreite über das gesamte verfügbare Standortspektrum der Planungsgemeinschaft Ost wesentlich erhöht werden. Außerdem könnten Projekte, die in einem der 3 Länder aus welchen Gründen immer nicht realisiert werden können, an die anderen beiden Bundesländer weitergereicht werden.

- (3) Eine der wichtigsten Antriebskräfte der Wirtschaft ist der technische Fortschritt. Wien als Hochschulstadt bietet vielerlei Möglichkeiten, Forschung und Entwicklung zu fördern. Ein koordiniertes Vorgehen der Länder bei der über Bundesmittel hinausgehenden Forschungs- und Innovationsförderung sollte vorgesehen und gemeinsame Sonderfonds dafür zur Verfügung gestellt werden. Zur Nutzung des technischen Fortschritts wäre es günstig, Innovationsförderung im Raume der gesamten Drei-Länderregion Ost zu fördern, ähnlich wie dies die INNOVA derzeit in Wien betreibt.
- (4) Betriebe, die auf Grund ihres Produktzyklus (vergl.unten) einen anderen Standort suchen müssen, sollte man innerhalb der Drei-Länderregion Ost zu halten versuchen. Bisher beschränkte sich die Koordination zwischen den beteiligten Ländern vor allem auf Maßnahmen auf dem Verkehrs- und Erholungssektor. Weiters wäre es wünschenswert, wenn Betriebsansiedlungs- und Innovationsförderung mit einer Standortberatung verbunden würden, die das gesamte Gebiet der Drei-Länderregion Ost überdecken müßte. Damit kommen wir aber schon zum nächsten Punkt, nämlich zur Koordination von konkurrierenden Interessen der an der Planungsgemeinschaft Ost beteiligten Partner.

B) Koordinierung durch Umwandlung von konkurrierenden in sich ergänzende Interessen innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost:

Ziel dieser Koordinierung innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost sollte es in erster Linie sein, erforderliche funktionelle und räumliche Umstrukturierungen innerhalb der gesamten Großregion zu erleichtern. Einige davon können relativ kurzfristig, andere sicherlich erst mittel- bis langfristig erreicht werden.

Im Erzeugungsbereich hat sich in den letzten Jahren eine gebietsweise Spezialisierung nicht nur nach Branchen sondern auch nach bestimmten Funktionen quer über verschiedene Branchen bzw. Unternehmenskomplexe herausgebildet. Es scheint, daß zwischen den Standorterfordernissen und dem langfristigen Produktzyklus (Vernon, R. 1966; Norton, R.1979) ein enger Zusammenhang besteht, der derzeit in vielen Ländern zu einem besonderen Forschungsschwerpunkt geworden ist.

In diesen Produktzyklen unterscheidet man ebenfalls vier Phasen (Deubner et al. 1979).

Geht man von der Innovations-Introduktionsphase, charakterisiert durch ein neues, teilweise experimentelles Produktionsverfahren aus, so dürfte der optimale Standort für solche Aktivitäten wegen der Kommunikations- und Fühlungsvorteile und der Nähe zu den Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen in der Kernzone einer Agglomeration liegen. Die Investitionen in diesem Stadium des Produktzyklus haben größtenteils Forschungs- und Entwicklungscharakter, die Produktion ist durch Einzel- bzw. Kleinserienfertigung und geringes Gesamtproduktionsvolumen gekennzeichnet. Besonders hoch ist in dieser Phase der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften wie sie eben typischerweise in den Stadtgebieten zu finden sind.

Hat sich ein Produkt bewährt, dann beginnt die Expansions- und Ausreifungsphase, die bereits von Großserien- und Massenproduktion und daher von schnell steigendem Gesamtproduktionsvolumen gekennzeichnet ist. Ein weiteres Merkmal dieser Phase ist, daß der größte Anteil an den Gesamtinvestitionen von den Erweiterungsinvestitionen getragen wird, womit oft auch erhöhter Bedarf an Flächen für die vergrößerten Betriebsstätten verbunden ist. Die Produktionsverfahren werden dauernd verbessert und weitgehend standardisiert. Da größere Flächen innerhalb der Agglomerations-

kernzonen knapp sind, entsteht bereits ein gewisser Druck auf diese Unternehmungen, sich nach neuen Standorten umzusehen.

In der dritten, der Reifephase ist das Produktionsverfahren bereits weitgehend standardisiert. Für diese Massenproduktion sind größtenteils nur noch angelernte, bzw. ungelernte Arbeitskräfte nötig, die im allgemeinen in den Ballungszentren selbst nicht mehr ausreichend verfügbar sind, bzw. nur noch durch die Bereitschaft von solchen Arbeitskräften, aus den Randzonen in das Ballungszentrum selbst einzupendeln, gefunden werden können. Den größten Anteil an den Kapitalausgaben machen nunmehr die Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen aus. Weiters ist zu beobachten, daß die in den ersten beiden Phasen oft bestehende Monopolstellung des Unternehmens auf Grund ihres technologischen Vorsprunges, in dieser Entwicklungsphase durch immer mehr Anbieter desselben Produktes unterhöhlt wird und daher der Kostendruck die Unternehmungen zu genauerer Kalkulation zwingt. Der teure innerstädtische Standort ist, zumindest für Produktionszwecke, oft nicht mehr haltbar.

In der letzten, der Stagnations- oder Regressionsphase ist die Technologie der Fertigung bereits allgemein bekannt und es muß daher mit dauernder Konkurrenz von anderen Anbietern gerechnet werden. Der Arbeitskräftebedarf kann durch ungelernte Arbeiter, die betriebsintern angelernt werden, weitgehend gedeckt werden. Oft werden Filialbetriebe an kostengünstigeren Standorten errichtet und die Investitionstätigkeit ist durch Rationalisierung und teilweise Auslandsbeteiligungen gekennzeichnet. Betriebsstätten dieser Art sind daher oft sowohl in peripheren Gebieten des Inlandes bzw. in der Dritten Welt zu finden. In unserem Zusammenhang ist zu beachten, daß alle genannten inländischen Regionstypen innerhalb der Drei-Länderregion Ost enthalten sind. Während jedes beteiligte Bundesland einzeln nur eine oder bestenfalls 2 dieser Voraussetzungstypen anbieten kann, könnte bei einer koordinierten Wirtschaftspolitik der drei Länder das volle Spektrum der Standortvoraussetzungen für verschiedene Funktionen innerhalb eines Unternehmens bzw. für verschiedene Unter-

nehmenstypen angeboten werden. Damit wird nicht nur die Attraktivität der Großregion insgesamt erhöht, sondern es steigt auch die Wahrscheinlichkeit, daß diese vielfach innerhalb eines Unternehmensbereiches standörtlich differenzierte Funktionen alle innerhalb der Großregion untergebracht werden können.

Welche Koordinationsmöglichkeiten für wirtschaftliche Maßnahmen ergeben sich daraus ?

- (1) Voraussetzung für ein effizientes Funktionieren dieses Filter- und Verlagerungsprozesses ist die Förderung der räumlichen Mobilität der Betriebe, sodaß deren Ansiedlung auf den dafür bestgeeigneten Standorten möglich wird. Insgesamt scheint es daher sinnvoller, die Mobilität der Betriebe je nach ihren sich wandelnden Standorterfordernissen innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost zu fördern, anstatt - zum Teil als Ersatz dafür - die räumliche Mobilität von Arbeitskräften bzw. der Bevölkerung zu forcieren und dadurch in der Zukunft wahrscheinlich immer teurer werdende Energie- und Infrastrukturausgaben tätigen und der Bevölkerung hohe soziale Mobilitätskosten zumuten zu müssen. (Stöhr W., Tödtling F., 1979).
- (2) Eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente Koordination der Standortumverteilung wäre eine ausreichende Kenntnis der Standorterfordernisse verschiedener Branchen besonders in Bezug auf ihre Position im Produktzyklus. Es scheint daher sinnvoll, Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet vorrangig zu behandeln. Weiters schiene es opportun, großräumige Leitlinien für die Regionsentwicklung für das nächste Jahrzehnt zu erstellen und damit die Entwicklungsplanungen der drei beteiligten Länder aufeinander abzustimmen.
- (3) Zu prüfen wäre weiters noch die Förderungswürdigkeit von regionalen intersektoralen Wirtschafts-Komplexen und deren Standorterfordernissen (Nijkamp, 1972; v.Holst & Molle, 1977).

So könnte durch regionale bzw. subregionale Internalisierung der Lieferbeziehungen und Nutzung von Abfallprodukten wie Abwärme etc. eines Betriebes durch andere, oft wesentliche

Kostenersparnisse erzielt werden.

Weiters könnten durch Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Landesstellen bzw. Interessenvertretungen der einzelnen Bundesländer, potentielle Zulieferbetriebe für innovative Großprojekte (etwa vom Typ General Motors) innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost identifiziert und allfällige betriebliche Umstrukturierungen hierfür gefördert werden. Durch bewußte Förderung solcher Zulieferverflechtungen könnten die Multiplikatoreffekte derartiger Großprojekte auf andere Teile der Drei-Länderregion Ost ausgedehnt und gleichzeitig deren Abfließen, vor allem ins Ausland, verringert werden.

C) Kurzfristige Maßnahmen müßten bereits im Hinblick auf die langfristige Umstrukturierungen koordiniert werden.

Einige Anregungen dazu seien im folgenden noch erwähnt:

- (1) Anstelle des Bestrebens, die überdurchschnittliche soziale Aufwärtsmobilität der Bevölkerung des Kernraumes durch Zuwanderungsförderung für (meist wenig qualifizierte) Arbeitskräfte in die Kernregion möglichst auszugleichen, sollte diese steigende Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt als zusätzlicher Anreiz für Innovation und Rationalisierung von Betrieben - ergänzend zur finanziellen Innovationsförderung - eingesetzt werden. Dies würde den Innovationsanreiz für Betriebe vor allem in jenen Teilgebieten, in denen keine größeren Beschäftigungsprobleme bestehen, noch erhöhen.
- (2) Gleichzeitig sollte die Nutzung der sich aus diesen Innovationen bzw. Rationalisierungen ergebenden Vorteile für alle Partner der Planungsgemeinschaft Ost gefördert werden, u.a. durch die oben angesprochene Koordinierung der Innovationsförderung für die gesamte Planungsgemeinschaft Ost und die Intensivierung von Zulieferbeziehungen innerhalb dieser Region. Um die dadurch zu erwartenden räumlichen Veränderungen in der Verteilung wirtschaftlichen Nutzens und wirtschaftlicher Lasten für einzelne Gebietskörperschaften zu mildern, werden mittel- oder langfristig gewisse zusätzliche Ausgleichsinstru-

mente zwischen dem Nutzen bzw. den Lasten von Arbeitsplatz-, Wohn- bzw. Erholungsfunktionen erforderlich sein.

Literaturhinweise:

- Alonso W. (1964). Location and Land Use. Harvard Univ.Press, Cambridge.
- Clemenz G., Findl P., Gisser R., Metelka M. Schubert U. (1981) Urban Development and Policy in Austria, in: Montanari A.(ed.) Urban Europe: National experiences (preliminary title). Pergamon Press, Oxford.
- Conditt G. (1978). Stadterneuerung und Stadterweiterung in den österreichischen Ballungsräumen. ÖROK-Schriftenreihe Nr.11, Wien.
- Deubner C., Rehfeldt U., Schlupp F., Ziebara G. (1979). Die Internationalisierung des Kapitals - Neue Theorien in der internationalen Diskussion. Campus, Frankfurt/N.Y. pp.45-59.
- Gisser R. (1971). Bevölkerungsentwicklung 1951/1961/1971 in: IS-Informationen 10/71.
- Keil D., Schneidewind P. (1979). Die Wirtschaft der österreichischen Stadtregionen: Struktur und Entwicklung. Institut f. Stadtforschung, Wien
- Nijkamp, P. (1972). Planning of Industrial Complexes by Means of Geometric Programming. Rotterdam University Press, Rotterdam.
- Norton R. (1979). City Life-Cycles and American Urban Policy. Academic Press, N.Y., S.F., London
- Stöhr W., Tödting F. (1979). Spatial equity: Some anti-theses to current regional development doctrine, in: Folmer H. u.Oosterhaven J. (eds.) Spatial Inequalities and Regional Development, Martinus Nijhoff, Boston.pp.133-158.
- van d.Berg L., Drewett R., Klaassen L., Rossi A., Vijverberg C. (1981). Urban Europe: A Study of Growth and Decline. Pergamon Press, Oxford.
- van Holst B., Molle W. (1977). Spatial Association and Interindustrial Relations. Netherlands Economic Institute, Rotterdam.
- Vernon R. (1966). International Investment and International Trade in the Product Cycle, in: The Quarterly Journal of Economics, 80/1866.